

nationalrat 7 (apa)

der redner abg. fischer bemaengelte sodann die seiner ansicht nach zu geringe parlamentarische kontrolle, die es nicht verhindern koennte, dass eine militaerische kaste entstehe. das bundesheer wuerde weitgehend den wuenschen des staatssekretaers graf, aber in keiner hinsicht jenen der sozialistischen arbeiter entsprechen. er richtete an die sozialistischen abgeordneten den appell, das gesetz der hoechsten instanz des landes, dem souveraenen volk, vorzulegen und brachte einen antrag ein, der fordert, dass das wehrgesetz vor seiner beurkundung durch den bundespraesidenten einer volksabstimmung unterzogen werden soll.

er wolle auch den vorauszusehenden bemerkungen vorgreifen, dass die volksdemokratischen nachbarn oesterreichs starke militaerische einheiten unterhalten. er betone ausdruuecklich, dass die vo fuer die allgemaene internationale abruestung und den abbau des militaers in allen laendern sei. der erste schritt dazu waere schon getan, wenn sich die westliche welt bereit faende, die konkreten abruestungsvorschlaege der sowjetunion anzunehmen.

abg. fischer betonte weiter, er stimme mit der auffassung der sozialistischen jugend ueberein, dass dem bundesheer nur der grenschutz zu uebertragen sei. der abgeordnete grubhofer aber habe im ausschuss auch betont, dass das bundesheer in hinkunft auch dazu eingesetzt werden soll, um eventuellen ruhestoerern im innern des landes entgegenzutreten. das erinnere an die funktion des bundesheeres waehrend des jahres 1934, woran sich die sozialistischen arbeiter noch sehr gut erinnern koennten. die vo werde gegen das wehrgesetz stimmen, weil es den wuenschen des arbeitenden volkes und den interessen der demokratie widerspreche.

der vom abgeordneten fischer vorgelegte vo-antrag fand nicht die notwendige unterstuetzung und wurde daher nicht in verhandlung gezogen.

als naechster sprach abgeordneter probst (spoe). (fortsetzung)